

AL 2

Bonn, 29. März 1993

M3  
110

Über

Herrn Chef BK

je gesondert

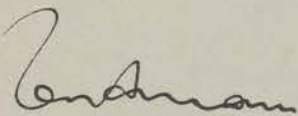
Herrn Bundeskanzler

Betr.: Ihr Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten Clinton am  
Freitag, 26. März 1993, in Washington

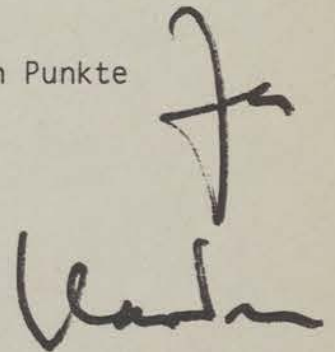
Anliegend lege ich Vermerk über Ihr o.a. Gespräch mit dem amerikanischen  
Präsidenten Clinton am Freitag, 26. März 1993, in Washington mit der  
Bitte um Billigung vor.

Über das Delegationsgespräch sowie das Gespräch beim Mittagessen wird  
Botschafter Stabreit einen Vermerk anfertigen, der hier überprüft werden  
wird.

Ich bitte mich zu ermächtigen, BM Kinkel über die wesentlichen Punkte  
Ihres Vier-Augen-Gesprächs zu unterrichten.



(Dr. Hartmann)



V e r m e r k

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Präsidenten Clinton am Freitag, 26. März 1993, in Washington

Der Bundeskanzler bedankt sich für die Einladung und erklärt, trotz der Probleme, denen man sich in der internationalen Politik gegenübersehen, habe man Grund zu Optimismus.

Er sei stets ein Vorkämpfer enger deutsch-amerikanischer Beziehungen gewesen. Ein gutes deutsch-amerikanisches Verhältnis sei im Grunde genommen heute wichtiger als vor 40 Jahren, als die Umstände psychologisch einfacher gewesen seien. Damals hätten die Menschen in Deutschland unter der Teilung gelitten und Angst vor einem Krieg gehabt.

Aufgrund der dramatischen Veränderungen der letzten Jahre stelle sich bei den Menschen eine neue Angst sowie die Frage ein, ob "die da oben" die Lage noch in der Hand hätten.

Er sei dafür, den deutsch-amerikanischen Beziehungen eine neue Dimension zu geben. Das gelte zunächst für den sicherheitspolitischen Bereich. Es sei klar, daß die USA ihre Truppen in Europa reduzieren würden. Wichtig sei, daß die Zahl der verbleibenden Truppen glaubwürdig sei. Auch wir müßten die Struktur der Bundeswehr reformieren. Gleichzeitig müßten wir unserer Verantwortung in den Vereinten Nationen gerecht werden und wollten das Grundgesetz entsprechend ändern.

Der Präsident habe sicher inzwischen von seinem jüngsten "Coup" im Zusammenhang mit AWACS gehört.

Ferner sei es wichtig, die Wirtschaftsbeziehungen in Gang zu halten und hier bitte er den Präsidenten um seine persönliche Unterstützung.

Ein weiteres wichtiges Anliegen für ihn sei die deutsch-amerikanische Akademie der Wissenschaften.

Ihm liege sehr an einer engen Zusammenarbeit mit dem Präsidenten. Wenn hieraus eine freundschaftliche Beziehung würde, würde ihn das sehr freuen.

Die deutsch-amerikanischen Beziehungen hätten tiefe Wurzeln, die auf die Zeiten des Marshall-Plans und auf die seinerzeitige Politik von Präsident Truman zurückgingen, der den Deutschen die Hand ausgestreckt hatte.

Präsident Clinton erklärt, er sei während seines Studiums in England häufiger nach Deutschland gefahren und habe seinerzeit fast fließend deutsch gesprochen. Auch erinnere er sich, daß Truman während seiner Kindheit die dominante Figur der amerikanischen Politik gewesen sei.

Der Bundeskanzler wirft ein, möglicherweise könne er zusammen mit dem während seines nächsten Besuchs das Haus von Präsident Truman in Lamar, Missouri, besuchen.

Der Bundeskanzler schlägt sodann vor, zunächst über Rußland zu sprechen. Im Rahmen des Delegationsgesprächs könne man dann vor allem Wirtschaftsthemen, aber auch die Entwicklung in Deutschland und der EG erörtern.

Präsident Clinton erklärt sich einverstanden.

Der Bundeskanzler fährt fort, sein Eindruck sei, daß Jelzin die Partie gewinnen werde. Er sei froh über das, was Präsident Clinton zu Rußland gesagt habe. Auf der gleichen Linie könne man auch gegenüber der Presse argumentieren.

Wenn der Westen Jelzin nicht helfe, habe dieser keine Chance. Wenn der Westen helfe, habe man eine Chance, auch wenn dies keine hundertprozentige Chance sei. Wenn Jelzin stürze, würden die Dinge viel schwieriger und in der Folge teurer, zumal es dann zu einem Rückfall in alte Strukturen käme.

Man dürfe nicht vergessen, daß Rußland nach wie vor militärisch stark sei und über ungeheure Mengen an konventionellen sowie an ABC-Waffen verfüge.

Er sei vor wenigen Tagen noch mit dem tschechischen Ministerpräsidenten Klaus und der polnischen Ministerpräsidentin Suchocka zusammengetroffen. Beide schauten mit großer Sorge auf Rußland.

Er, der Bundeskanzler, setze auf Präsident Jelzin, auch wenn darin ein Risiko liege. Zwar habe Henry Kissinger noch vor wenigen Tagen vor einer solchen Politik gewarnt; aber Kissinger ließe sich hierbei offenbar von den Vorstellungen eines Metternich leiten, über den er als Historiker gearbeitet habe.

Natürlich wisse man nicht, ob Jelzin mit seiner Politik Erfolg habe. Aber selbst dann, wenn es schief gehe, könnten wir sagen, daß wir es versucht hätten.

Nicht alles, was man für Rußland tun könne, müsse unbedingt viel Geld kosten. Er frage sich beispielsweise, ob es nicht möglich sei, daß 30 Universitäten in den USA, in Großbritannien, Frankreich und Deutschland eine Patenschaft für entsprechend viele Universitäten in Rußland übernehmen könnten. Damit sei man in der Lage, in 30 Städten in Rußland eine Botschaft zu verbreiten.

Die Russen seien ein stolzes Volk. Auch die nichtkommunistischen Kräfte hätten sich als Mitglieder einer Weltmacht gefühlt. Man dürfe den Russen daher nicht das Gefühl geben, daß man auf sie keine Rücksicht mehr zu nehmen brauche.

Er könne daher nur nachdrücklich unterstützen, was der Präsident in den letzten Tagen erklärt hat. Was der Präsident tue, habe große Wirkung.

Was die Ausarbeitung eines Hilfsprogramms angehe, sollten die zuständigen Mitarbeiter sich zusammensetzen, wobei dies keine einfache Arbeit sei.

Er wolle allerdings klarstellen, daß die deutsche Seite mit ihren Leistungen an der Obergrenze angelangt sei. Bekanntlich hätten wir 53% der Gesamthilfe an die GUS geleistet.

Trotzdem müsse man etwas tun. Senator Nunn habe in dem Gespräch heute morgen vorgeschlagen, daß man den NATO-Strukturfonds möglicherweise dazu nutzen könne, um Wohnungen für russische Offiziere zu bauen. Über diesen Vorschlag solle man nachdenken.

Er, der Bundeskanzler, trete nachdrücklich für eine multilaterale Kooperation in dieser Frage ein. Allerdings hätten eine Reihe von Ländern nicht viel getan. Er habe beispielsweise Miyazawa kürzlich in Tokyo deutlich gesagt, daß man mit der Formel "Geld gegen Inseln" nicht weiterkomme.

Präsident Clinton wirft ein, dies sei absolut richtig.

Der Bundeskanzler fährt fort, wir hätten bei der Herstellung der deutschen Einheit eine andere Strategie verfolgt. Gorbatschow sei 1988 wirtschaftlich am Ende gewesen. Er habe dann - gegen alle Einsprüche zu Hause - Gorbatschow unterstützt. Dies habe sich ausgezahlt - beispielsweise als Gorbatschow während der Öffnung der Mauer dem Drängen von Stasi und KGB widerstanden habe, die Panzer rollen zu lassen.

Präsident Clinton erklärt, die Japaner hätten in den letzten Tagen etwas Bewegung gezeigt. Er stehe mit der japanischen Regierung in engem Kontakt.

Der Bundeskanzler unterstützt dies nachdrücklich und erklärt, der Präsident brauche nur VP Gore nach dem zu fragen, was die Japaner seinerzeit auf der Konferenz in Rio alles versprochen hätten.

Präsident Clinton erklärt, der russische Außenminister Kosyrew sei letzte Woche in Washington gewesen und habe vorgetragen, was Rußland alles vom Westen haben wolle. Vor allem gehe es K. um Berater, von denen er allerdings erwarte, daß sie ständig vor Ort seien. Auch lege die russische Seite Wert darauf, daß diese Beratertätigkeit auf die technische Seite beschränkt bleibe und nicht zu einer Einmischung in die Politik führe.

Er werde mit Jelzin bald in Vancouver zusammentreffen und beabsichtige, nach dem Treffen bekanntzugeben, was die USA bilateral zu seiner Unterstützung tun würden. Er frage sich, ob nicht auch andere G7-Partner zu gleicher Zeit entsprechende bilaterale Schritte ankündigen könnten. Hierüber habe er bereits mit Mitterrand, Mulroney und Major gesprochen.

will!

Unabhängig davon könnten die Außen- und Finanzminister am 14./15. April - d.h. zehn Tage vor dem Referendum - etwas machen.

Aus seiner Sicht wäre die Wirkung aber größer, wenn die G7-Chefs schon vorher etwas ankündigen könnten. Natürlich gebe es schwierige Probleme, wie etwa die Schuldenfrage oder das Programm des IWF. Aus seiner Sicht sei es vor allem wichtig, daß man etwas tue, das unmittelbar der Bevölkerung zugutekomme.

Der Bundeskanzler erwidert, er sei überzeugt, daß man etwas hinkriegen könne. Er werde StS Köhler, der in Washington sei, beauftragen, dies in seinen Gesprächen weiterzuverfolgen.

Im übrigen schlage er dem Präsidenten vor, in dieser Frage engen Kontakt - auch über das Telefon - zu halten.

Für ihn sei wichtig, daß der Präsident in der Frage der Hilfe für Rußland die Führung habe. Dies werde nicht nur in Rußland Eindruck machen, sondern auch in Mitteleuropa, etwa in Polen und der Tschechischen Republik.

Es sei wichtig, daß dort der Eindruck herrsche, daß die Amerikaner sich um Europa kümmern.

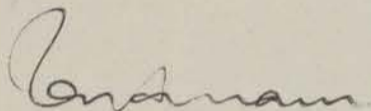
Präsident Clinton erklärt, er treffe sich heute abend mit einigen Senatoren zu einem Essen. Auch den Senatoren sei bewußt, daß es hinsichtlich der Unterstützung Jelzins Risiken gebe, sie wüßten aber zugleich, daß es keine Alternative gebe.

Es sei daher wichtig, den Versuch zu wagen, auch wenn er scheitere. Selbst wenn Jelzin nicht überlebe, werde man die Chance haben, die Tür offen zu halten.

Der Bundeskanzler stimmt zu und ergänzt, selbst wenn es schief gehe, werde derjenige, der nach Jelzin komme, sich auch überlegen müssen, wie man mit den USA, Deutschland und anderen westlichen Staaten zusammenarbeiten könne. Dies habe er auch Präsident Mitterrand gesagt, der noch skeptisch sei. Er freue sich sehr darüber, daß man in dieser Grundsatzfrage übereinstimme und schlage vor, dies auch vor der Presse deutlich zu machen.

719 116

Präsident Clinton erklärt, es sei zudem wichtig, deutlich zu machen, daß man Jelzin nicht als Person unterstütze, sondern als Vertreter der demokratischen Kräfte.



(Dr. Hartmann)